

Das Scheitern der Jamaika-Koalition beruht auch auf dem Scheitern der Volkswirtschaftslehre und des Journalismus

Text 152¹

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

24. November 2017

Am 21. 11. 2017 heißt es im **Handelsblatt Morning Briefing** von Gabor Steingart:

>> Guten Morgen liebe Leserinnen und Leser,

die **Wahrheit** ist dem Menschen zumutbar, hat die österreichische Schriftstellerin **Ingeborg Bachmann** einst gesagt. Doch Wien ist nicht Berlin. In der **deutschen Hauptstadt** gilt wenige Wochen nach dem Wahltag die Wahrheit nicht als zumutbar, sondern als **Zumutung**. Anders ist der mediale Furor nicht zu erklären, der **Christian Lindner** heimsucht, seit er die Sondierungsgespräche für eine **Jamaika-Koalition beendete**.

„Es hat sich gezeigt“, sagte der **FDP-Chef** in der Nacht von Sonntag auf Montag, „dass die vier Gesprächspartner keine gemeinsame Vorstellung von der **Modernisierung unseres Landes** entwickeln konnten“. Damit sprach Lindner eine Wahrheit aus, die jeder seit Tagen sehen und spüren konnte. Deutschland erlebte mit Lindners Erklärung das, was der Philosoph **Peter Sloterdijk** in „Die schrecklichen Kinder der Neuzeit“ so beschrieben hatte: „Die **Übersteigerung des Unbehagens** durch seine Erklärung.“ Dabei hatte der 38-Jährige die beteiligten Unterhändler nicht kritisiert, nur **ertappt**.<<

1 2. Version von „Versuch eine Jamaika-Koalition zu bilden ist gescheitert.“

Meine Hinweise: a) aus der Vergangenheit

Ich hatte das Mailprogramm schon beendet und dabei gedacht: Vielleicht bekommen wir ja eine Minderheitsregierung und die Legislative ist dann zum ersten Mal in der BRD nicht mehr Sklave der Exekutive. Eine separate Wahl von Regierung und Parlament wäre sowieso zum Vorteil der Demokratie.“ Danach hatte ich dann aus einem anderen Grund Anlass in meiner Korrespondenz mit dem Verfasser von "Das Geld-Syndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (erste Ausgabe 1993), Helmut Creutz ², zu blättern. Ich stieß dabei auf folgende Passage in meinem Brief vom 23. 9. 1982 an H.C.. Es heißt dort:

>> ... Aber etwas anderes bewegt mich z.Zt. mehr. Nach den Vorgängen in Bonn spielen sich CDU und FDP als Retter der Marktwirtschaft auf. *) Wir wissen, daß das eine Lüge ist. Siehst Du die Möglichkeit, daß wir kurzfristig eine Broschüre herauszubringen, unter dem Titel "CDU, FDP und SPD kontra Marktwirtschaft" (vielleicht sollte man die SPD noch weglassen, weil dann die Lüge noch deutlicher wird. Inhalt von Dir: Aussagen der CDU und prominenter Mitglieder werden von Dir kommentiert und mit Zahlenmaterial konfrontiert.

Wiedergabe des Textes "Ein Großindustrieller" **) mit einem zeitgemäßen Kommentar.

Inhalt von mir: „PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“, vom 18. 2. 1978. ***) <<

*) Welche Vorgänge es damals waren, weiß ich nicht mehr.

** Den Text von dem Autor Westen kann ich auch nicht mehr auf Anhieb benennen. Er ist sicher im Archiv für Geld- und Bodenreform zu finden.

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

Der Name ist als Vorwortschreiber in der Schrift „Eine Lanze für die Erneuerung des Geldwesens“ von Hans Oberth, 1934, zu lesen unter:

[.http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.8%20Obert%20Hans%20Lanze.pdf](http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.8%20Obert%20Hans%20Lanze.pdf)

***) Zu lesen unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Siehe auch mein Schreiben an Herrn Prof. Dr. Maihofer Vorsitzender der Programmkommission der FDP zum Thema *Parteiprogramm* vom September 1971

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.4%20FDP%20OB%20zum%20PP%20Sept.%201971.pdf>

Es wird deutlich, wenn man in eigenen Unterlagen und Zeitungen zurückblättert, dass die politische und ökonomische Verwirrung auch schon den 70er und 80er Jahren bestand. Sie wurde nur deshalb

² Er ist am 10. Okt. 2017 94jährig verstorben.

nicht so sichtbar wie heute, weil sich in dem politischen Kuddelmuddel immer noch eine politische Mehrheit fand, die das Unerklärte den Bürgern dann als politischen Fortschritt verkaufte.

Meine Hinweise b) von heute:

Das Beste, was man von einer Jamaika-Koalition hätte erwarten können, wäre das Bekenntnis gewesen, dass (die möglichen) Koalitionäre bekannt hätten, dass sie alle nicht wüssten, wie der gangbare Weg in die nächste Zukunft aussehe. Man würde daher erst einmal eine Bestandsaufnahme machen, das Nötige für den laufenden politischen Betrieb tun und dann zum ersten Mal in unserer Republik die Suche nach den Weg in und mit der Gesamtgesellschaft einleiten.

Von keiner Partei, die bei uns in einem Parlament vertreten ist, hat man den Eindruck, dass sie auch bei einer satten Mehrheit dem "Weltbeben", das Gabor Steingart, Handelsblatt-Herausgeber, in seinem Buch von 2016, beschrieben hat, etwas entgegenzusetzen hat. Diese Situation kann man aber nicht nur Parteimitgliedern (egal welcher Partei) anlasten, sondern sind auch den Hochschullehrern und den Medien anzukreiden. Hat es z. B. jemals in dem Verlag, den Gabor Steingart vertritt, eine Publikation gegeben, in der die Bedingungen für eine marktwirtschaftliche Ordnung mit Verteilungsgerechtigkeit und einem dauernden Bürger- und Völkerfrieden beschrieben wurden?

Manchmal hat man den Eindruck, Zeitungsmacher wären bezahlte Des-Informanten. Die Hannoverische Allgemeine Zeitung bringt in dieser Woche jeden Tag eine Extra-Beilage mit dem Titel "Mit Sicherheit" heraus. Das ist eine löbliche Aktion, denn es ist ja für die Leser von Interesse, wie sie ihr persönliches Leben sicherer machen können. Aber die Titelseite der Beilage vom 20.11.17 dokumentiert das Gegenteil von Aufklärung. Es sind ganzseitig säende Hände zu sehen, die aus dem Geldbeutel Münzen in eine Ackerfurche streuen. Der Text dazu:

> Wie trägt mein Geld Früchte? Vielen Deutschen geht es finanziell in diesen Tagen gut. Doch was bringt das, in Zeiten niedriger Zinsen? Wer seine Altersvorsorge sichern will, muss genau hinschauen. <

Säende Hände sind noch immer das Symbol dafür, dass die Frucht das Ergebnis der Arbeit ist, aber in Verbindung mit der Ackerfurche auch, dass das Ergebnis der Arbeit an der Bedingung der Verfügbarkeit über den Boden geknüpft ist. Da der Boden die Existenzvoraussetzung aller Menschen ist, kann es da gerechtfertigt sein, dass die säenden Hände dem zufälligen Eigentümer des Ackers tributpflichtig sind? Lösungsansätze, wie der hier sichtbare Konflikt zu lösen ist, gibt es schon lange.

Aber die Leser erfahren aus ihrer Zeitung nichts darüber.

Im Gablers Wirtschaftslexikon ist zu lesen:

Ein Fake ist nach der Bedeutung im Englischen eine [Fälschung](#), eine Täuschung, eine Attrappe, oder ein Hochstapler und ein Simulant (Faker). Fake News sind Falsch- und Fehlinformationen, die häufig über elektronische Kanäle (vor allem [soziale Medien](#)) verbreitet werden.

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/fake-news.html>

Aber genau das ist es, was die Medien im Allgemeinen und hier die HAZ im Besonderen betreiben bzw. betreibt. Die „Früchte“ der Gläubiger in Form des Zinses (wenn er die Inflationsrate übersteigt) sind der Schweiß der Schuldner. Der positive Zins wird nicht vom lieben Gott bezahlt, sondern wird vom Arbeitsertrag der Schuldner genommen. Aber die Zinssummen, die in den Bilanzen der Banken sichtbar werden, sind nur ein Teil der Zinsen, die den Kassen mit Bedarf belasten und die Bestände in den Kassen ohne Bedarf vergrößern. (Dieter Suhr) Jegliches Kapital, das heute investiert wurde und wird, erwartet wenigstens soviel Rendite, wie das Geld an Zins einbringt. Das heißt, alle Güter und Dienstleistungen, die im Markt angeboten werden, sind mit Zinsen belastet. Wenn nun alle Bürger ihre Zinseinnahmen und Zinsaufwendungen saldieren, kommt dabei heraus, dass es 80 % Verlierer gibt, das sind die, die mehr Zinsen zahlen als sie bekommen. Die 80 % der Bürger gehören dann zu den Gewinnern, wenn das ganze Zinsniveau ihrer Volkswirtschaft abgesenkt werden kann. Bei einem Zinsniveau von 0 % hätten diese 80 % der Bürger für sich die größte Ersparnis.³ Jeder kann leicht überprüfen, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern des Zinssystems gehört. Wenn er mehr als 30 bis 40 % seines Netto-Jahreseinkommen als Zinsen erhält, gehört er zu den Gewinnern des Systems, sonst zu den Verlierern.

Für die Altersvorsorge ist wichtig, dass möglichst viel von dem übrigbleibt, was gespart wurde. Auch die angestrebte Inflationsrate von 2 % der EZB ist da ein Angriff auf die Altersvorsorge. Anders ist ein negativer Zins zu beurteilen, wenn er wirklich der Ausdruck des Angebotes und der Nachfrage nach Liquidität ist. Der Schuldner trägt nämlich für den Gläubiger (Sparer) Ansprüche auf Güter im Markt aus der Gegenwart in die Zukunft und das ist für den Schuldner eine Leistung auf einem gefährvollen Weg, der für ihn nicht weniger Risiken enthält, wie für den Gläubiger. Die Einsicht in diese Überlegung ergibt sich, wenn man sich das Sparen ohne Geld vorstellt. Welche Kosten verursacht es schon, wenn man Nahrung während der Ernte bis zur nächsten Ernte vorhalten (sparen) will. Für das Alter kann man ohne Geld nur sparen, wenn man in eine genügend große Kin-

³ Damit ist noch nichts darüber gesagt, ob die Methode, mit der die EZB ein niedriges Zinsniveau durchsetzt, gerechtfertigt ist.

derzahl „investiert“ und hofft, dass man von diesen im Alter mit dem Nötigen versorgt wird. Diese Art zu „sparen“ ist mit einem hohen Ausfallrisiko behaftet. Ein alter Spruch lautet: „Ein Vater kann wohl 7 Kinder ernähren, aber 7 Kinder – wenn sie groß sind – können nicht den Vater ernähren.“ Das hängt natürlich damit zusammen, dass jedes der 7 Kinder später mit der eigenen Familie ihr Versorgungsschwierigkeiten hat. Außerdem können Krankheiten und Kriege die Zahl der Ernährer der Alten sehr schnell reduzieren. Aus diesen Überlegungen geht hervor, dass eine Verzinsung für die Altersvorsorge von 0 % gegenüber dem Sparen in Naturalien ein gutes Geschäft ist.

Die Probleme, die hier zur Diskussion stehen, begleiten uns schon seit den ersten Zeugnissen der menschlichen Geschichte. Aber schauen wir mal in die nahe Vergangenheit. In meinem Text „Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik“ vom Januar 1988 ⁴ zitiere ich aus „L. Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute“, 1900:

Unser Geldwesen

wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre Umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als Verfahren betrachten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen. (Seite 196)

Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdruck – als chrematistische Volkswirtschaft. ⁵

Wenn die HAZ einen Titel wie „**Der Anspruch des Geldes auf Früchte der Arbeit macht das Leben der Menschen in vielfacher Weise unsicher**“ gewählt und berichtet hätte, wie ökonomische Sicherheit - die sich durch die Abwesenheit von Kriegen, Flüchtlingen, Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Wertverlust des Rentenanspruchs auszeichnet - hergestellt werden kann, dann wäre das

⁴ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/4.0%20Glasnost%201.1988%20neu%20formatiert%204.04.pdf>

⁵ In meinem Text 42 „Mehr Fragen als Antworten“ vom November 2006 finden sich mehr Zitate aus dieser Quelle. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/42.0%20Fragen%20Antworten.pdf>

eine journalistische Großtat gewesen. Aber so wie die Journalisten bzw. die Redaktion unserer Medien die Lösungsansätze nicht einmal im Blick haben, ist von ihnen keine Aufklärung zu erwarten. Und unsere parteigebundenen Abgeordneten habe es ohne öffentlichen Druck nicht nötig, nach gangbaren Wegen zu Lösungen für die dringendsten Probleme unserer Zeit zu suchen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es kein Verlust, dass es mit der Jamaika-Koalition nicht geklappt hat.

Aber hat die FDP in ihrer Auszeit für den Bundestag wirklich für sich den ordnungspolitischen Kuddelmuddel überwunden? Ich konnte es bisher nicht erkennen. Der Austausch von alten gegen junge Akteure ist noch kein Fortschritt. Wenn die Jungen in den Parteien nur alten Wein in neuen Schläuchen anbieten, ist das noch kein Gewinn. Unsere Ökonomie wird nicht besser durch die Digitalisierung, wenn die Grundprobleme der Ökonomie – die im Boden- und Patentrecht und in der Geldverfassung liegen - , nicht gelöst werden. Investitionen in die Bildung wird von allen Parteien gefordert, keine sagt, was damit genau gemeint wird. Versucht man selbst die Antwort von den Parteiprogrammen und aus dem, was üblicherweise in den Medien berichtet wird abzuleiten, dann kommt da am Ende nur heraus, dass die Bildungsökonomie noch stärker nach den Regeln der Zentralverwaltungswirtschaft gestaltet werden soll. Und dabei habe ich obendrein den Verdacht, dass jede Partei für sich hofft, dass bei den zusätzlichen Investitionen in die Bildungspolitik am Ende die jungen Menschen so geformt werden, dass sie genauso denken wie sie selber.

Sicher gibt es in allen anderen Politikfeldern auch Differenzen zwischen den gescheiterten möglichen Koalitionspartnern, aber bei keiner Partei sind die Lösungen für weitere Problemfelder so einzigartig ausformuliert, dass daraus eine berechtigte Koalitionsverweigerung abgeleitet werden kann. Einen Zwang zur Bildung von Koalitionen gibt es nicht. Und wenn ein solcher Zwang für erforderlich gehalten wird – was meiner Einsicht widerspricht – dann sollte er Bestandteil der Verfassung der Deutschen werden, die immer noch aussteht.

Es grüßt Tristan Abromeit